

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Bauausschusses

---

**Sitzung:** Dienstag, 08.12.2015

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 17:26 Uhr

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

##### Mitglieder

Herr Karl-Heinz Kubitza - B90/GRÜNE

Herr Fritz Bosse - CDU

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für  
Herrn Matthias Disterheft

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Vertretung für  
Herrn Dr. Burkhard Plinke

Herr Henning Jenzen - BIBS

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Fred Maul - CDU

Herr Jürgen Wendt - CDU

Vertretung für  
Herrn Frank Täubert

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

##### sachkundige Bürger

Frau Antje Keller - CDU

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

##### Gäste

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

## **Verwaltung**

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III  
Frau Michaela Springhorn - FBL 65  
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66  
Frau Katharina Stoschek - FB 66, AbtL 66.4  
Herr Thomas Sasse - Ref. 0670  
Frau Bianca Winter - RefL 0600

## **Protokollführung**

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

## **Abwesend**

### **Mitglieder**

Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Frau Claudia Jonda - Piratenpartei	entschuldigt
Frau Nicole Palm - SPD	entschuldigt
Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Frank Täubert - CDU	entschuldigt

### **sachkundige Bürger**

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD	entschuldigt
Herr Stefan Poehling - SPD	entschuldigt
Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat	entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil:

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 1     | Eröffnung der Sitzung   |             |
| 2     | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.11.2015<br>(öffentlicher Teil)  |             |
| 3     | Mitteilungen  |             |
| 3.1   | Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2016   | 15-01242    |
| 3.2   | Sitzungen des Beirats ALBA vom 27. Mai 2015<br>und vom 24. September 2015   | 15-01197    |
| 3.3   | Mündliche Mitteilungen  |             |
| 4     | Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren<br>für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Braunschweig<br>(Sondernutzungsgebührenordnung)                | 15-01048    |
| 5     | Festsetzung einer Ortsdurchfahrt auf der Bundesstraße 1<br>im Bereich des Raffturmes im Stadtgebiet Braunschweig  | 15-00931    |
| 6     | Kostenfeststellung Ringgleisbrücke Feuerwehrstraße<br>hier: Aktualisierung  | 15-01157    |
| 7     | Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss<br>Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UmF)<br>Neue Knochenhauerstr. 5 - Erdgeschoss und 1. Obergeschoss | 15-01286    |
| 8     | Anträge   |             |
| 8.1   | Beleuchtung für die Bushaltestelle "Steinriedendamm"<br>stadteinwärts   | 15-00974    |
| 8.2   | Bessere Beleuchtung im Umfeld der Landesaufnahmebehörde   | 15-01258    |
| 8.3   | Erweiterung des Anliegergebietes rund um die Landesaufnahme-<br>behörde   | 15-01266    |
| 9     | Anfragen  |             |
| 9.1   | Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet   | 15-01261    |
| 9.1.1 | Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet   | 15-01261-01 |
| 9.2   | Mündliche Anfragen  |             |

# **Protokoll**

## **Öffentlicher Teil:**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird gemäß § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig (GO) in Verbindung mit § 45 GO im öffentlichen Teil um den neuen TOP 7 „Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UmF), Neue Knochenhauerstr. 5 - Erdgeschoss und 1. Obergeschoss" (15-01286) ergänzt.

Als TOP 9.1 liegt die Anfrage „Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet" (15-01261) vor.

### **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.11.2015 (öffentlicher Teil)**

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

5 / 0 / 4

### **3. Mitteilungen**

#### **3.1. Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2016 15-01242**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **3.2. Sitzungen des Beirats ALBA vom 27. Mai 2015 und vom 24. September 2015 15-01197**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **3.3. Mündliche Mitteilungen**

Frau Springhorn teilt zu den Anfragen von Ratsherrn Dobberphul aus den Bauausschuss-Sitzungen vom 16. Juni 2015 und 03. November 2015 zum Feuerwehrhaus Geitelde mit, dass ein Austausch der Fenster nicht aus den FUK-Mitteln finanziert werden könne und insofern den anstehenden Haushaltsberatungen vorbehalten bleibe. Eine Überprüfung des Schulungsraums habe ergeben, dass zwei voneinander unabhängige bauliche Rettungswege ins Freie vorhanden seien, die jedoch teilweise zugestellt waren. Die Nutzer seien zur Freihaltung der Rettungswege aufgefordert worden.

#### **4. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Braunschweig (Sondernutzungsgebührenordnung)**

**15-01048**

Herr Benscheidt und Frau Stoschek stellen die Neufassung der Sondernutzungsgebührenordnung und deren Zielsetzungen zusammengefasst vor und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsherr Sommerfeld thematisiert die Gebührenpflichtigkeit bei Beteiligung von Parteien bzw. politischen Organisationen sowie den Begriff der Gemeinnützigkeit.

Herr Benscheidt führt aus, dass die grundsätzliche Gebührenerhebung für Plakatierungen auch als Regulativ im Sinne des Stadtbildes und der Informationsqualität diene. Es sei zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gemeinnützigkeit zu unterscheiden. Plakatwerbung für gemeinnützige Veranstaltungen habe in der Regel einen mittelbaren Zweck und sei damit grundsätzlich gebührenpflichtig. Parteien zahlten gegenüber anderen Veranstaltern geringere Gebührensätze.

Ratsherr Herlitschke bezweifelt grundsätzlich die Gemeinnützigkeit von Parteiveranstaltungen und gibt zu bedenken, dass für Parteien bereits vielfältige Sonderstellungen und bevorzugte Behandlungen existierten.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass die unterschiedlichen möglichen Fallkonstellationen nicht sämtlich im Detail in einer Satzung geregelt werden könnten, sondern jeweils einzelfallbezogen zu prüfen seien. Im Hinblick auf Plakatierungen im öffentlichen Raum habe sich die bisherige Praxis bewährt.

Ratsherr Jenzen fragt nach der Höhe der Einnahmen, die das Stadtmarketing durch die Sondernutzungsgebührenordnung erziele.

#### Protokollnotiz:

*Nach Auskunft der Braunschweig Stadtmarketing GmbH belief sich der Gesamterlös aus Sondernutzungen im Jahr 2014 auf 229.326,77 Euro. Hiervon wurden von der Braunschweig Stadtmarketing GmbH 164.204,31 Euro vertragsgemäß an die Stadt Braunschweig gezahlt.*

Ratsherr Kühn schlägt vor, Kirchen und Vereine im Hinblick auf die ermäßigten Gebührensätze für Plakatierungen mit Parteien gleichzustellen. Stadtbaurat Leuer und Herr Benscheidt weisen auf die Ausgewogenheit des bestehenden Gebührengefüges hin. Entsprechende Einrichtungen verfügten zudem auch über andere - gebührenfreie - Möglichkeiten der Werbung. Die Einführung eines entsprechenden Gebührentatbestands sei eine politische Entscheidung.

#### **Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):**

„Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Braunschweig (Sondernutzungsgebührenordnung) wird beschlossen.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

7 / 0 / 2

**5. Festsetzung einer Ortsdurchfahrt auf der Bundesstraße 1  
im Bereich des Raffturmes im Stadtgebiet Braunschweig**

**15-00931**

**Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):**

„Die Grenzen für die Ortsdurchfahrt auf der B 1 im Bereich des Raffturmes werden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf Station 1,776 des Abschnittes 720 und Station 0,170 des Abschnittes 730 festgesetzt.“

**Abstimmungsergebnis:**

9 / 0 / 0

**6. Kostenfeststellung Ringgleisbrücke Feuerwehrstraße  
hier: Aktualisierung**

**15-01157**

**Beschluss:**

„Die Kosten für die Ringgleisbrücke über die Oker in Höhe Feuerwehrstraße werden auf 700.000 € (inkl. Verklinkerung und Sandsteinarbeiten) festgestellt.

Die Kosten werden auf 620.000 € festgestellt, sollte der PIUA am 9. Dezember 2015 der Verklinkerung und den Sandsteinarbeiten (Vorlage 15-01159) nicht zustimmen.“

**Abstimmungsergebnis:**

9 / 0 / 0

**7. Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss  
Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UmF)  
Neue Knochenhauerstr. 5 - Erdgeschoss und 1. Obergeschoss**

**15-01286**

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Kostenaufstellung beinhalte auch die Inneneinrichtung und Ausstattung mit Mobiliar. Die vorgesehene reine Nutzfläche pro Person liege über den Richtwerten von Amnesty International und dem Bremer Modell, das die Brutto-Geschossflächen abbilde. Die minderjährigen Flüchtlinge würden bis zur Volljährigkeit von der Stadt betreut und der Schulpflicht unterliegen. Eine Verlängerung der zunächst auf zwei Jahre befristeten Nutzung in der Neuen Knochenhauerstraße gestalte sich unproblematisch. Als langfristige Unterbringungsmöglichkeit kämen ggf. auch Flächen in der Naumburgstraße in Betracht.

**Beschluss:**

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 22.09.2015 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenschätzung vom 02.12.2015 auf insgesamt 503.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

**Abstimmungsergebnis:**

9 / 0 / 0

## **8. Anträge**

### **8.1. Beleuchtung für die Bushaltestelle "Steinriedendamm" stadteinwärts**

**15-00974**

Ratsherr Köster bedankt sich bei der Verwaltung für die vorgenommene Verstärkung der Beleuchtung und erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion für alle Gremien zurückgezogen werde.

Der Antrag wird für alle Gremien zurückgezogen.

### **8.2. Bessere Beleuchtung im Umfeld der Landesaufnahmebehörde**

**15-01258**

Ratsherr Köster erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

#### **Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):**

„Die Verwaltung wird gebeten, die Beleuchtung auf dem Teilstück Steinriedendamm jenseits der Forststraße und entlang der Boeselagerstraße zu modernisieren und mit helleren LED-Lampen auszustatten.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 / 0 / 0

### **8.3. Erweiterung des Anliegergebietes rund um die Landes-aufnahmebehörde**

**15-01266**

Ratsherr Köster erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Ausschussmitglieder erörtern die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Durchsetzbarkeit der Anlieger-Thematik im Kontext der örtlichen Gegebenheiten, insbesondere des in Teilbereichen vorliegenden Gewerbegebiets und der LKW-Verkehre.

Bürgermitglied Keller weist darauf hin, dass nach der Ausschilderung im Einfahrtsbereich in den Steinriedendamm Richtung Boeselagerstraße Kraftfahrzeuge über 10 m Länge nicht mehr in die Forststraße abbiegen könnten und fragt, ob es möglicherweise hierdurch zu vermehrtem LKW-Verkehr Richtung Steinriedendamm / Boeselagerstraße komme.

Stadtbaurat Leuer unterstützt die Intention des Antrags, gibt aber die Wirksamkeit zu bedenken und weist auf die Schwierigkeiten in der Nachhaltung hin. Die Verwaltung werde einen konkreten Vorschlag zur Umsetzbarkeit erarbeiten.

#### **Beschluss (Empfehlung an den Verwaltungsausschuss):**

„Die Verwaltung wird gebeten, das bestehende Anliegergebiet weiträumig um die Landesaufnahmebehörde zu erweitern.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

8 / 1 / 0

## **9. Anfragen**

### **9.1. Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet**

**15-01261**

Ratsherr Herlitschke erläutert die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

#### **9.1.1. Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet**

**15-01261-01**

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Ausschussmitglieder erörtern die übereinstimmend subjektiv wahrgenommene Zunahme des Verkehrs und des regelwidrigen Verkehrsverhaltens im Kontext der bisherigen Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten von Polizei und Verwaltung. Eine Ausweitung der Verkehrsüberwachung wäre wünschenswert; die Schaffung der Rahmenbedingungen hierfür soll politisch forciert werden.

Herr Benscheidt weist darauf hin, dass die konkreten Unfallzahlen regelmäßig von der Polizei veröffentlicht werden. Die Auswertung der Unfallhäufungsstellen erfolge unter Beteiligung der Stadt. Sofern Geschwindigkeit die Ursache sei, finde in der Folge eine stärkere Überwachung statt. Die bisherigen Messungen hätten jedoch ergeben, dass die Zahl der Geschwindigkeitsverstöße anteilig zurückgegangen sei.

Bürgermitglied Nordheim bestätigt den Gewöhnungseffekt und die insofern eingeschränkte Wirksamkeit von stationären Geschwindigkeitsüberwachungen; dies treffe jedoch nicht auf die Rotlichtüberwachung zu. Er gibt zu bedenken, dass die jeweiligen Messergebnisse auch immer in Relation zum Ort und Zeitpunkt der Messung gesehen werden müssten.

Ratsherr Herlitschke ergänzt, dass zwischen der Geschwindigkeitsüberwachung in Wohngebieten und Tempo 30-Bereichen sowie an den Ein- und Ausfallstraßen zu differenzieren sei. Weiterhin sei mit dem dargelegten Verkehrsverhalten auch eine Lärmbelästigung verbunden.

Die Stellungnahme 15-01261-01 wird zur Kenntnis genommen.

### **9.2. Mündliche Anfragen**

**9.2.1.** Ratsherr Köster fragt, wann die sog. Pfeiftafel am Bahnübergang Steinriedendamm wieder entfernt werde.

**9.2.2.** Auf Nachfrage von Ratsherrn Kubitzka erläutert Stadtbaurat Leuer, dass für die Modulsysteme zur Flüchtlingsunterbringung verschiedene Grundrisse orientiert an der jeweiligen Personenanzahl bzw. Haushaltsgröße und -zusammensetzung entwickelt werden. Bei den zugrundegelegten 15 m<sup>2</sup> pro Person handele es sich um einen Durchschnittswert.

*Protokollnotiz: Bürgermitglied Nordheim verlässt um 16:49 Uhr die Sitzung.*

**9.2.3.** Ratsherr Herlitschke thematisiert die weitere städtebauliche Umgestaltung des Areals um den Friedrich-Wilhelm-Platz. Stadtbaurat Leuer berichtet zum aktuellen Sachstand und dem weiteren Vorgehen.

*Protokollnotiz: Ratsherr Jenzen verlässt um 16:53 Uhr die Sitzung.*

**9.2.4.** Ratsherr Herlitschke mahnt eine angemessene technische Ausstattung (z.B. Smartphones bei Baustellen-Begehungen) der städtischen Mitarbeiter im Außendienst an. Dies werde auch im Finanz- und Personalausschuss thematisiert.



**9.2.5.** Ratsherr Herlitschke thematisiert die Verwendung eines Leistungsprogramms zur Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte im Vergleich zur Eigenleistung der Verwaltung. Stadtbaurat Leuer stellt den aktuellen Planungsprozess dar. Sowohl im Hinblick auf die Planungsleistungen als auch die sich anschließende Bautätigkeit würden derzeit beide Lösungsansätze parallel verfolgt und standortbezogen abgewogen. Die vorgesehenen Modulsysteme seien auf mehrere Standorte übertragbar.

**9.2.6.** Auf Nachfrage von Ratsherrn Maul erklärt Herr Benscheidt, dass die Ampeln auf dem neugestalteten Abschnitt der Hamburger Straße verkehrsabhängig geschaltet seien.

**9.2.7.** Ratsherr Jürgen Wendt fragt nach den Ausgleichsmaßnahmen der für den Neubau des Feuerwehrhauses Querum gefälltten Bäume.

*Protokollnotiz: Ratsherr Maul verlässt um 17:02 Uhr die Sitzung.*

**9.2.8.** Ratsherr Kühn gibt den Hinweis, dass die Straßenbeleuchtung an der Bushaltestelle Möncheweg / Sandgrubenweg seit einigen Tagen defekt sei.

**9.2.9.** Ratsherr Kühn weist darauf hin, dass sich am Kreisel Möncheweg / Dedekindstraße im Bereich des Fußgängerüberwegs bei Regen Wasser sammelt, das nicht ablaufe.

Die Sitzung endet um 17:26 Uhr.

gez. Köster

Vorsitz

gez. Leuer

Stadtbourat

gez. Hellemann

Schriftführung